

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	7
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	49
<b>Kapitel 1: Einführung</b> . . . . .	55
A. Gegenstand der Untersuchung . . . . .	55
I. Aktualität und praktische Relevanz des Themas „Rechtsmissbrauch im Lauterkeitsrecht“ . . . . .	56
II. Ziel der Arbeit . . . . .	58
III. Bedeutung der Schwere der Wettbe- werbsverstöße . . . . .	60
B. Gang der Arbeit . . . . .	62
<b>Kapitel 2: Grundlagen</b> . . . . .	65
A. Entwicklung von Gesetz und Rechtsprechung .	65
I. Verfolgung von Verstößen . . . . .	65
1. Aktivlegitimation . . . . .	66
a) Mitbewerber . . . . .	67
b) Rechtsfähige Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbständiger beruflicher In- teressen . . . . .	68
c) Qualifizierte Einrichtungen zum Schutz von Verbraucherinter- essen . . . . .	69
d) Industrie- und Handelskam- mern, Handwerkskammern . . . .	69

2.	Motivation der Anspruchsberechtigten zur Durchsetzung der lauterkeitsrechtlichen Ansprüche . . .	70
a)	Betroffenheit der Anspruchsberechtigten . . . . .	70
aa)	Mittelbare Betroffenheit der Mitbewerber . . . . .	71
bb)	Mittelbare Betroffenheit der sonstigen Anspruchsberechtigten . . . . .	72
b)	Ausnutzen dieser egoistischen Einstellung durch das UWG . .	73
aa)	Die frühen Ansichten <i>Kniepers</i> und <i>Lehrmanns</i> zur Motivation der Rechtsverfolgung im UWG . . . .	73
bb)	Die heutige Rechtsprechung des BGH zu den Gründen einer Rechtsverfolgung – die Urteile <i>Missbräuchliche Mehrfachabmahnung</i> und <i>Glücksspielverband</i> . . . . .	73
cc)	Die Reaktionen der Literatur auf die Entscheidung <i>Glücksspielverband</i> .	75
dd)	Eigene Auffassung . . . . .	76
c)	Zwischenergebnis zur tatsächlichen Motivation der Durchsetzung des Lauterkeitsrechts . .	76
II.	Entstehung und Entwicklung des Problems eines rechtsmissbräuchlichen Vorgehens . . . . .	77
1.	Die praktische Relevanz eines Rechtsmissbrauchs bei der Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs in der Geschichte des deutschen Lauterkeitsrechts . . . .	78

a) Das Problem eines Rechtsmissbrauchs im ursprünglichen UWG von 1909 bis in die 1960er Jahre . . . . .	78
b) Das Auftreten von „Vereinen zur Förderung anwaltlicher Gebühreninteressen“ . . . . .	79
c) Die Bedeutung des Problems des Rechtsmissbrauchs ab den 1970er bis Anfang der 1980er Jahre . . . . .	82
d) Die Entwicklung des Rechtsmissbrauchs ab Anfang der 1980er Jahre bis zur Mitte der 1990er Jahre . . . . .	85
e) Das Problem des Rechtsmissbrauchs in der heutigen Zeit . .	86
f) Zwischenergebnis zu der praktischen Relevanz des Problems des Rechtsmissbrauchs im deutschen Lauterkeitsrecht . . .	88
2. Die Entwicklung der Rechtslage als Hintergrund des Rechtsmissbrauchs . . . . .	89
a) Begünstigung des Rechtsmissbrauchs . . . . .	89
aa) Erweiterung der Aktivlegitimation für Unterlassungsansprüche . . . . .	89
bb) Kostenersatz für Abmahnungen . . . . .	90
(i) Erstattbarkeit von Abmahnkosten für Verbände im damaligen Recht . . . . .	90
(ii) Die Entscheidung BGH GRUR 1970, 189 – <i>Fotowettbewerb</i> . . . . .	92

(iii)	Ursächlichkeit der Entscheidung <i>Fotowettbewerb</i> für das Problem des Rechtsmissbrauchs?	93
(iv)	Ursächlichkeit des Erstattungsanspruchs für Abmahnkosten als solcher für das Problem des Rechtsmissbrauchs? . . . . .	95
cc)	Zwischenergebnis zur Begünstigung des Entstehens eines Rechtsmissbrauchs . . . . .	97
b)	Bekämpfung der missbräuchlichen Praxis . . . . .	97
aa)	Lösung mithilfe des Standesrechts . . . . .	98
bb)	Erhöhte Voraussetzungen für die Prozessführungsbefugnis der Verbrauchervereine . . . . .	98
cc)	„Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ . . . . .	101
dd)	Aufstellen höherer Hürden für die Klagebefugnis der Wettbewerbsvereinigungen . . . . .	103
ee)	Vorgehen im Rahmen des Vereinsrechts . . . . .	104
ff)	Kostendeckelung für Verbände . . . . .	106
gg)	Die Einführung des § 13 Abs. 5 UWG a.F. . . . .	107

hh)	Weitere Einschränkung der Prozessführungsbe- fugnis für Wettbewerbs- verbände und nur ab- strakt betroffene Mitbe- werber . . . . .	110
(i)	Erhöhung der Voraus- setzungen für Wett- bewerbsvereinigungen .	111
(ii)	Einführung einer Ba- gatellschranke . . . . .	111
ii)	Zwischenergebnis zur Wirk- samkeit der durch die Rechtslehre ergriffenen Maßnahmen gegen die missbräuchliche Geltend- machung von Unterlas- sungsansprüchen . . . . .	113
3.	Problembewusstsein der Rechts- lehre für die Fehlentwicklungen im Bereich des Rechtsmissbrauchs . . .	114
III.	Ergebnisse zur Analyse der Geschichte missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	115
B.	Die Dogmatik des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG – Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Miss- brauchstatbestands . . . . .	117
I.	Der Missbrauchstatbestand des UWG als Ausformung des allgemeinen Grundsatzes von Treu und Glauben . .	118
II.	Die Rechtsnatur des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG . . . . .	119
1.	Mögliche Folgen der Bestimmung der Rechtsnatur des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG . . . . .	119
2.	§ 8 Abs. 4 Satz 1 UWG als be- grenzter Sonderfall des institutio- nellen Rechtsmissbrauchs . . . . .	120

3.	§ 8 Abs. 4 Satz 1 UWG als allgemeines lauterkeitsrechtliches Missbrauchsverbot . . . . .	121
4.	Praktische Folgen des Streits um die Rechtsnatur . . . . .	122
III.	Die unmittelbaren Rechtsfolgen des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG auf die Unterlassungsklage und das Verfügungsverfahren . . . . .	123
1.	Praktische Auswirkungen der verschiedenen Ansätze . . . . .	124
a)	Form der Abweisung des Anspruchs . . . . .	124
b)	Reichweite der Rechtskraft . . . . .	125
c)	Auswirkungen für Folgeansprüche . . . . .	125
d)	Geltendmachung des Rechtsmissbrauchs im Prozess und Beweislast . . . . .	126
e)	Auswirkungen für die Klage, wenn sie bereits aus anderen Gründen als offensichtlich unbegründet angesehen werden muss . . . . .	127
f)	Überprüfung der Tatsachenvoraussetzungen eines Rechtsmissbrauchs in der Revisionsinstanz . . . . .	128
g)	Folgen einer vorherigen missbräuchlichen Abmahnung für die darauffolgende Klage . . . . .	129
h)	Zwischenergebnis . . . . .	131
2.	Bestimmung der Rechtsfolgen des Missbrauchstatbestands . . . . .	132
a)	Keine Auswirkung auf das Rechtsschutzinteresse . . . . .	133
b)	Parallelität von § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG und § 242 BGB . . . . .	134

c)	Vergleich mit dem Rechtsmissbrauch im Aktienrecht? . . . . .	137
d)	Belastung der Revisionsinstanz mit Tatsachenfeststellungen? . . . . .	138
e)	Vergleichbarkeit der Anforderungen des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG mit § 254 Abs. 2 Satz 1 BGB? . . . . .	139
f)	Wortlaut der Norm . . . . .	141
g)	Systematik . . . . .	142
aa)	Doppelnatur des § 8 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 UWG . . . . .	142
bb)	Aufspaltung der Rechtsfolgen? . . . . .	143
cc)	Bestimmung eines einheitlichen systematischen Zusammenhangs . . . . .	144
dd)	Prozessrechtliche Natur der Anspruchsberechtigung der Mitbewerber? . . . . .	145
ee)	Ergebnis der systematischen Auslegung . . . . .	146
h)	Telos der Norm . . . . .	147
aa)	Entstehungsgeschichte und Wille des Gesetzgebers . . . . .	148
bb)	Vorarbeiten zum Gesetzestext . . . . .	148
cc)	Dogmengeschichtliche Auslegung . . . . .	149
dd)	Der Wille des Gesetzgebers . . . . .	152
(i)	Damalige Bedeutung des Begriffs „Klagebefugnis“ . . . . .	152
(ii)	Parallelität der „Klagebefugnis“ und „Abmahnbefugnis“ . . . . .	154

	(iii) Bedeutung der „Klagebefugnis“ anhand damaliger Rechtsprechung	155
	(iv) Ziel des Gesetzgebers	157
ee)	Zusammenhang zwischen „Klagebefugnis“ und „Abmahnbefugnis“	157
ff)	Ergebnis der historischen Auslegung	157
i)	Auslegungsergebnis zur Bestimmung der Rechtsfolgen des Missbrauchstatbestands	158
j)	Wirkung dieser materiellen Einwendung auf die missbräuchlich erhobene Klage	159
3.	Rechtsvernichtende oder rechtshemmende Wirkung?	160
4.	Zwischenergebnis zur Rechtsfolge des Missbrauchstatbestands bei der prozessualen Geltendmachung eines Unterlassungsanspruchs	162
IV.	Die Rechtsfolgen des Rechtsmissbrauchs bei der vorprozessualen Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs durch Abmahnung und bei der Geltendmachung von Abmahnkosten	163
1.	Wirkung des Missbrauchstatbestands auf die vorprozessuale Geltendmachung eines Unterlassungsanspruchs durch die Abmahnung	164
a)	Die Wirkung des Missbrauchstatbestands auf die Abmahnung aus Sicht der prozessualen Ansicht	165

b)	Die Wirkung des Missbrauchstatbestands auf die Abmahnung aus Sicht der materiellen Auffassung . . . . .	167
2.	Ersatzanspruch für missbräuchlich ausgesprochene Abmahnungen	167
a)	„Berechtigte“ Abmahnung bei Bestehen des zugrunde liegenden Unterlassungsanspruchs . .	168
b)	„Berechtigte“ Abmahnung als „erforderliche“ Abmahnung i.S.d. alten Rechtsprechung zur Geschäftsführung ohne Auftrag . . . . .	169
c)	Vorteile der materiellen Ansicht	170
V.	Rechtsfolge der missbräuchlichen Geltendmachung für die weiteren vertraglichen und sonstigen Ansprüche des Unterlassungsgläubigers . . . . .	171
1.	Wirkung des Rechtsmissbrauchs auf den vertraglichen Unterlassungsanspruch und auf die Geltendmachung einer verwirkten Vertragsstrafe . . . . .	172
a)	§ 8 Abs. 4 Satz 1 UWG oder § 242 BGB als möglicher Einwand? . . . . .	172
b)	§ 242 BGB als taugliche Einwendung gegen den vertraglichen Unterlassungsanspruch bei zuvor missbräuchlicher Abmahnung? . . . . .	173
aa)	Die Urteile OLG München WRP 1992, 270 und OLG Hamm GRUR-RR 2011, 196 – <i>Industriesauger</i> sowie die herrschende Meinung in der Literatur .	173

bb)	§ 242 BGB als Kündigungsgrund statt als Einwendung . . . . .	174
cc)	Die Kritik <i>Meckels</i> und mögliche Einwendungen gegen § 242 BGB . . . . .	175
dd)	Unwirksamkeit des Unterwerfungsvertrags . . . . .	175
ee)	Eigene Bewertung einer möglichen Einwendung gegen vertragliche Ansprüche bei vorausgegangener missbräuchlicher Abmahnung . . . . .	175
(i)	Begründung des Rechtsmissbrauchs i.S.d. § 242 BGB durch vorangegangenes missbräuchliches Verhalten i.S.d. § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG . . . . .	176
(ii)	Kündigungsrecht aus § 313 BGB bzw. § 242 BGB sowie Anfechtung nicht ausreichend . . . . .	178
(iii)	Keine automatische Unwirksamkeit des Unterwerfungsvertrags . . . . .	179
(aa)	§ 8 Abs. 4 Satz 1 UWG als taugliches Verbotsgesetz i.S.d. § 134 BGB? . . . . .	180
(bb)	Kein sittenwidriger Inhalt des Unterwerfungsvertrags i.S.d. § 138 BGB . . . . .	181

	(cc) Keine sonstigen Unwirksamkeitsgründe .	183
	c) Erfassung aller möglichen Ansprüche aus dem Unterwerfungsvertrag durch § 242 BGB .	184
	d) Zwischenergebnis zur möglichen Einwendung gegen die missbräuchlich erlangten Ansprüche aus dem Unterwerfungsvertrag . . . . .	184
2.	Wirkung des Rechtsmissbrauchs auf die Ansprüche aus dem Abmahnverhältnis . . . . .	184
	a) Dogmatik des sog. Abmahnverhältnisses . . . . .	184
	b) Fehlende Lösungsansätze zur Auswirkung des Rechtsmissbrauchs auf Ansprüche aus dem Abmahnverhältnis . . . . .	186
	c) Eigene dogmatische Lösung zum Entfallen der Ansprüche aus dem Abmahnverhältnis . . .	186
VI.	Ergebnisse zur Dogmatik des lauterkeitsrechtlichen Missbrauchstatbestands	189
C.	Das Tatbestandsmerkmal der missbräuchlichen Geltendmachung . . . . .	191
I.	Beurteilung des Verhaltens unter Berücksichtigung der gesamten Umstände	191
II.	Erfordernis eines subjektiven Tatbestands	192
III.	Wirkung der Indizien, Darlegungs- und Beweislast . . . . .	197
<b>Kapitel 3:</b>	<b>Mögliche Sanktionierungen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens de lege lata . . . . .</b>	<b>199</b>
A.	Rückzahlungs- und Ersatzansprüche wegen missbräuchlicher Inanspruchnahme . . . . .	200
I.	Rückzahlungsanspruch nach § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1, Abs. 1 Satz 2 Var. 1 BGB . . . . .	200

	1. Gesetzlicher Erstattungsanspruch als fehlender Rechtsgrund . . . . .	201
	2. Vertraglicher Erstattungsanspruch als fehlender bzw. wegfallender Rechtsgrund . . . . .	201
	3. Umfang des Rückzahlungsanspruchs	202
II.	Prozessuale Kostenerstattungspflicht . .	202
III.	Schadensersatzansprüche für die Kos- ten der vorprozessualen Verteidigung gegen eine missbräuchliche Abmahnung	204
	1. Erstattungsanspruch aus § 12 Abs. 1 Satz 2 UWG analog? . . . . .	204
	2. Schadensersatz gem. den §§ 91ff. ZPO? . . . . .	205
	3. Notwendigkeit der Abgrenzung missbräuchlicher, lauterkeitsrecht- licher Abmahnungen von anderen Fallgestaltungen . . . . .	205
	a) Begriff der unberechtigten Abmahnung – Unterscheidung hinsichtlich ihrer verschiede- nen Konstellationen . . . . .	206
	aa) Unterscheidung von Ab- mahnung und Verwarnung	207
	bb) Unterscheidung zwischen „unbegründeter“ und „un- befugter“ Abmahnung . . .	207
	b) Überlagerung des Problems eines Schadensersatzes durch die Diskussion um § 823 Abs. 1 BGB und um das Vor- liegen der Voraussetzungen des § 4 Nr. 10 UWG . . . . .	209
	c) Plädoyer für eine unabhängige Subsumtion . . . . .	211
	d) Klassische Einwendungen ge- gen den Erstattungsanspruch für die Abwehrkosten . . . . .	211

aa)	Verstoß gegen das verfahrensrechtliche Privileg? . . .	212
bb)	Kein Ersatzanspruch aufgrund Risikoverteilung? . . .	215
cc)	Fehlende Kausalität der Abmahnung für die vorprozessuale Verteidigung? . .	215
e)	Zwischenergebnis . . . . .	217
4.	Verhältnis der möglichen Anspruchsgrundlagen zueinander . . .	217
a)	Keine Anwendung des UWG bei unseriösen Verbänden . . . .	218
b)	Mögliche Anspruchsgrundlagen zum Vorgehen gegen missbräuchliche Abmahnungen durch Mitbewerber . . . . .	220
5.	Schadensersatzanspruch wegen sittenwidriger vorsätzlicher Schädigung	222
a)	Tatbestandsvoraussetzungen des § 826 BGB . . . . .	223
b)	Anwendung des § 826 BGB in der Praxis . . . . .	225
aa)	Allmähliche Öffnung zur Möglichkeit einer Haftung nach § 826 BGB . . .	225
bb)	Restriktion der Anwendung des § 826 BGB im Falle missbräuchlichen Vorgehens? . . . . .	228
c)	Zwischenergebnis zur Möglichkeit eines Schadensersatzanspruchs aus § 826 BGB . . . .	229
6.	Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen ein Schutzgesetz . . . . .	230
a)	§ 8 Abs. 4 Satz 1 UWG als Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB? . . . . .	230

aa)	Allgemeine Voraussetzungen eines Schutzgesetzes . .	230
bb)	UWG-Normen als taugliche Schutzgesetze i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB? . . . .	232
(i)	Fehlende Schutzeigenschaft maßgeblich auf Regeln unlauterer geschäftlicher Handlungen bezogen . . . . .	233
(ii)	UWG hinsichtlich der Rechtsfolgen missbräuchlicher Abmahnungen nicht abschließend . . .	233
(iii)	Keine Notwendigkeit der kurzen Verjährungsfrist . . . . .	234
(iv)	Zwischenergebnis . . .	235
b)	Die §§ 240, 253, 263 StGB als Schutzgesetze . . . . .	235
c)	Sonstige Tatbestandsvoraussetzungen des § 823 Abs. 2 BGB .	236
d)	Zwischenergebnis zur Möglichkeit einer Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG und den §§ 240, 253, 263 StGB . . . . .	236
7.	Aufwendungsersatzanspruch aus der Geschäftsführung ohne Auftrag . .	237
8.	Schadensersatz aufgrund einer Geschäftsführerhaftung . . . . .	237
a)	Anwendbarkeit der Regeln der Geschäftsführung ohne Auftrag?	238
b)	Schadensersatzanspruch des rechtsmissbräuchlich Abgemahnten? .	240

aa)	Die Entscheidung BGH GRUR 1995, 167 – <i>Kos- ten bei unbegründeter Ab- mahnung</i> . . . . .	240
bb)	Tatbestand des § 678 BGB	242
cc)	Kritik am Erstattungsan- spruch des unberechtigt Abgemahnten . . . . .	243
(i)	Sperrwirkung ande- rer Anspruchsgrund- lagen? . . . . .	243
(ii)	Wertungswidersprüche mit Anforderungen an das Verschulden in an- deren Anspruchsgrund- lagen? . . . . .	245
c)	Zwischenergebnis zum Scha- densersatzanspruch gem. § 678 BGB . . . . .	245
9.	Lauterkeitsrechtlicher Schadenser- satzanspruch . . . . .	246
a)	Missbräuchliche Abmahnungen als Herabsetzung oder An- schwärzung . . . . .	246
b)	Der lauterkeitsrechtliche Rechts- missbrauch als Rechtsbruchtat- bestand . . . . .	248
c)	Die missbräuchliche Geltend- machung als gezielte Behinde- rung . . . . .	248
aa)	Grundsätzliche lauter- keitsrechtliche Zulässig- keit der unberechtigten Abmahnung . . . . .	250
bb)	Ausnahmen vom Grund- satz der Zulässigkeit – Konstellationen einer un- lauteren unberechtigten Abmahnung . . . . .	251

(i)	Unlauterkeit bei vorsätzlich unberechtigter Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs . . . . .	252
(ii)	Keine Geltung des verfahrensrechtlichen Privilegs für rechtsmissbräuchlich handelnde Mitbewerber . . . . .	253
(iii)	Wertung der Sittenwidrigkeit i.S.d. § 826 BGB . . . . .	254
cc)	Beurteilung missbräuchlichen Verhaltens als unlautere Wettbewerbsbeeinträchtigung in der Praxis . . . . .	255
(i)	Differenzierung zwischen Unterlassungs- und Schadensersatzanspruch . . . . .	255
(ii)	Aufstellen weiterer Voraussetzungen für missbräuchliche Abmahnungen? . . . . .	256
(iii)	Fehlende Wettbewerbswidrigkeit der Abmahnung wegen Rechtswidrigkeit der beanstandeten geschäftlichen Handlung? . . . . .	258
dd)	Spürbarkeit des Wettbewerbsverstoßes . . . . .	260
ee)	Zwischenergebnis zur Unlauterkeit des Rechtsmissbrauchs gem. § 4 Nr. 10 UWG . . . . .	260
d)	Irreführung durch missbräuchliche Abmahnungen . . . . .	261

e)	Missbräuchliche Geltendmachung von lauterkeitsrechtlichen Ansprüchen als unzumutbare Belästigung . . . . .	262
f)	Sonstige Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs . . . . .	265
g)	Zwischenergebnis zur möglichen Haftung des unseriösen Abmahnners aufgrund eines lauterkeitsrechtlichen Schadensersatzanspruchs . . . . .	265
10.	Schadensersatz wegen eines Verschuldens bei Vertragsschluss (culpa in contrahendo) . . . . .	265
a)	Die Entscheidung BGH GRUR 1995, 167 – Kosten bei unbegründeter Abmahnung . . . . .	266
b)	Notwendigkeit eines zeitlichen Nachfolgens der Pflichtverletzungen? . . . . .	266
c)	Sperrung des § 311 Abs. 2 BGB durch Vorliegen einer lauterkeitsrechtlichen Sonderverbindung? . . . . .	267
d)	Vorliegen der Voraussetzungen der culpa in contrahendo bei missbräuchlicher Abmahnung? . . . . .	267
aa)	Missbräuchliche Abmahnung als Vertragsanbahnung? . . . . .	268
bb)	Verletzung einer Sorgfaltspflicht . . . . .	268
e)	Zwischenergebnis zur Möglichkeit einer Haftung aus culpa in contrahendo . . . . .	270
11.	Schadensersatzanspruch wegen eines Eingriffs in das Recht des Gewerbebetriebes . . . . .	270

12. Schadensersatzanspruch bei unrech- tigten Abmahnungen gegen- über Dritten (Abnehmerverwarnung)	272
13. Ersatz für weitergehende Schäden?	272
a) Schäden durch die Einstellung der beanstandeten geschäftli- chen Handlung . . . . .	272
b) „Image-Schäden“ . . . . .	273
c) Zwischenergebnis zu den er- stattungsfähigen Schadenspo- sitionen . . . . .	275
14. Zwischenergebnis zur Erstattungs- fähigkeit der Verteidigungskosten .	275
B. Strafrechtliche Verantwortlichkeit unseriöser Wettbewerber . . . . .	277
I. Der Standpunkt der Rechtsprechung zur Strafbarkeit unseriöser Mitbewerber	277
1. Keine Strafbarkeit missbräuchlich handelnder Mitbewerber . . . . .	277
a) Verneinung einer Betrugsstra- fbarkeit . . . . .	278
aa) Täuschung über Mitbe- werbereigenschaft des Ab- mahners? . . . . .	278
bb) Täuschung über einen überhöhten Streitwert? . .	279
cc) Täuschung über das Vor- liegen eines Rechtsmiss- brauchs bzw. das Beste- hen von Zahlungsansprüchen	279
b) Verneinung einer Strafbarkeit wegen Erpressung oder Nötigung	281
2. Der Betrugstatbestand vor den zi- vilrechtlichen Spruchkörpern . . . .	281
3. Betrugsstrafbarkeit unseriöser Ab- mahnvereine . . . . .	282
4. Zwischenergebnis zur Beurteilung der Strafbarkeit durch die Recht- sprechung . . . . .	283

II.	Die Strafbarkeit des unseriösen Abmahnners in der Literatur . . . . .	284
1.	Konkludente Täuschung durch Behauptung des Anspruchs auf Kostenerstattung . . . . .	284
2.	Täuschung durch nicht ernst gemeinte Klageandrohung . . . . .	286
3.	Mögliche Strafbarkeit wegen Erpressung oder Nötigung . . . . .	286
4.	Mögliche Strafbarkeit wegen Gebührenüberhöhung . . . . .	287
III.	Eigene Bewertung der Strafbarkeit missbräuchlicher Abmahnungen . . . .	288
1.	Keine Täuschung über die Mitbewerbereignschaft oder den Streitwert	288
2.	Konkludente Täuschung durch die Geltendmachung der Abmahngebühren . . . . .	288
a)	Kritik an der Rechtsprechung .	289
aa)	Konkludente Aussagen bei der Geltendmachung von unberechtigten Ansprüchen . . . . .	289
bb)	Kein mangelndes Vertrauen des Abgemahnten in rechtskonformes Verhalten des Abmahnners . . .	291
cc)	Vergleich der Fälle strafbarer Täuschungen mit straflosem Verhalten . . . .	291
b)	Keine Unterscheidung zwischen Mitbewerbern und Verbänden . . . . .	292
c)	Strafbarkeit jeglicher missbräuchlicher Abmahnungen . . .	292
d)	Zwischenergebnis zur Betrugsstrafbarkeit . . . . .	293
3.	Täuschung, Erpressung und Nötigung durch Klageandrohung? . . .	293

a)	Nicht ernst gemeinte Klageandrohung als Täuschung? . . . . .	293
b)	Klageandrohung zur Herbeiführung einer Zahlung? . . . . .	294
c)	Klageandrohung als Nötigung? . . . . .	294
aa)	Zivilklage als empfindliches Übel? . . . . .	294
bb)	Verwerflichkeit der Klageandrohung in einer missbräuchlichen Abmahnung . . . . .	298
d)	Zwischenergebnis zur strafrechtlichen Relevanz der Klageandrohung . . . . .	298
4.	Vorliegen eines besonders schweren Falls . . . . .	299
5.	Strafbarkeit wegen Gebührenüberhöhung? . . . . .	299
6.	Bewertung der Effektivität strafrechtlicher Sanktionen zur Bekämpfung des Rechtsmissbrauchs . . . . .	300
IV.	Zwischenergebnis zur Strafbarkeit missbräuchlicher Abmahnungen . . . . .	302
C.	Möglichkeit und Effektivität einer negativen Feststellungsklage . . . . .	303
I.	Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses . . . . .	304
1.	Hinreichende Konkretisierung des Feststellungsantrags . . . . .	304
2.	Gegenwärtiges Rechtsverhältnis . . . . .	305
II.	Vorliegen eines rechtlichen Interesses . . . . .	306
1.	Risiko der Unzulässigkeit aufgrund nachträglich erhobener Leistungsklage . . . . .	306
2.	Einschränkung der Feststellungen zu bereits abgeschlossenen Sachverhalten . . . . .	307
III.	Notwendigkeit einer Abmahnung vor der Feststellungsklage? . . . . .	307

IV.	Materielle Anforderungen an eine Feststellungsklage . . . . .	308
1.	Formulierung des Feststellungsantrags . . . . .	308
2.	Möglichkeit der Feststellung der Nichtberechtigung wegen Rechtsmissbrauchs auch für die Zukunft? .	309
V.	Bewertung der Möglichkeit einer negativen Feststellungsklage . . . . .	310
D.	Lauterkeitsrechtlicher Unterlassungsanspruch	311
I.	Mögliche Anspruchsgrundlagen des Unterlassungsanspruchs . . . . .	311
II.	Begründbarkeit eines allgemeinen Unterlassungsanspruchs? . . . . .	312
E.	Effektivität einer Schutzschrift . . . . .	313
F.	Vorgehen gegen den Unterwerfungsvertrag .	314
I.	Möglichkeiten einer Vertragskorrektur .	315
II.	Anfechtung wegen arglistiger Täuschung und widerrechtlicher Drohung .	316
III.	Kündigung aus wichtigem Grund . . . .	317
IV.	Keine Beachtung des Rechtsmissbrauchs für Unterwerfungsvertrag? . . .	318
G.	Beseitigungsanspruch . . . . .	320
H.	Ergebnis zu den möglichen Sanktionen missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	321

<b>Kapitel 4: Analyse der heutigen Konstellationen rechtsmissbräuchlichen Verhaltens . . . . .</b>	<b>325</b>
A. Abgrenzung zu anderen Rechtsfragen . . . . .	325
I. Abgrenzung zu § 242 BGB . . . . .	326
II. Fehlende Anspruchsberechtigung . . . . .	327
III. Kein Vorrang des Verfügungsverfahrens	329
IV. Abgrenzung zum Kartellrecht . . . . .	329
B. Fallgruppen der missbräuchlichen Geltendmachung lauterkeitsrechtlicher Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche . . . . .	330
I. Offensichtlich rechtsmissbräuchliches Vorgehen . . . . .	332

II.	Ausnutzen der lauterkeitsrechtlichen Anspruchsberechtigung zur Gebüh- renerzielung für den Rechtsanwalt . . .	334
	1. Gebührenerzielung für den beauf- tragten Rechtsanwalt . . . . .	335
	2. Personenidentität von Mitbewer- ber und Rechtsanwalt . . . . .	339
III.	Massenabmahnungen als Zeichen sach- fremder Motivation? . . . . .	340
IV.	Missverhältnis zwischen dem Umfang der Rechtsverfolgung und der wirt- schaftlichen Betätigung des Abmahners	343
	1. Schwierigkeit der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Abmahn- tätigkeit und Geschäftstätigkeit . .	344
	2. Versuch der Objektivierung durch die Rechtsprechung . . . . .	344
	3. Bestimmung des Missverhältnisses .	345
	a) Eingestehen umfangreicher Rechtsverfolgung . . . . .	345
	b) Restriktive Tendenzen in der Beurteilung eines Missverhält- nisses . . . . .	346
	aa) Übersteigen des Geschäfts- umsatzes durch die Rechts- verfolgungskosten . . . . .	347
	bb) Auffälliges Missverhältnis zwischen Abmahn- und Geschäftstätigkeit . . . . .	347
	cc) Bloßes verhältnismäßig ho- hes finanzielles Prozessri- siko . . . . .	348
	(i) Konkrete Bezifferung des Verhältnisses als Grundlage einer Be- urteilung . . . . .	348
	(ii) Mangel an konkreter Bezifferung . . . . .	349

	(iii) Relevanz anderer Gründe für Bejahung des Rechtsmissbrauchs? . .	351
	c) Bestimmung des Missverhältnisses in der Literatur . . . . .	353
4.	Eigene Auffassung . . . . .	354
	a) Bezifferung der Geschäftstätigkeit und der Kostenrisiken der Rechtsverfolgung . . . . .	355
	aa) Bestimmung des Kostenrisikos . . . . .	355
	bb) Umfang der Geschäftstätigkeit . . . . .	356
	cc) Bestimmung der Unverhältnismäßigkeit – Grenzziehung mithilfe der Frage nach einem „eigenen Geschäftsbereich“ . . . . .	357
	b) Beweisbarkeit eines Missverhältnisses . . . . .	361
5.	Zwischenergebnis zur Fallgruppe des Missverhältnisses zwischen Abmahn- und Geschäftstätigkeit . .	362
V.	Inhalt der Abmahnung . . . . .	363
	1. Einnahmeerzielung durch Fordern unvertretbar hoher Abmahngebühren, unangemessener Vertragsstrafen oder eines pauschalierten Schadensersatzes . . . .	363
	a) Fordern unangemessener Vertragsstrafen . . . . .	363
	aa) Überhöhte Vertragsstrafen . . . . .	363
	bb) Verschuldensunabhängige Vertragsstrafen . . . . .	367
	cc) Verzicht auf die Einrede des Fortsetzungszusammenhangs . . . . .	367

(i)	Erste Prämisse: Verzicht auf Einrede des Fortsetzungszusammenhangs nicht von Rechtsschutzinteresse des Gläubigers gedeckt . . . . .	368
(ii)	Zweite Prämisse: Fordern des Verzichts auf Einrede des Fortsetzungszusammenhangs noch kein Indiz eines Rechtsmissbrauchs . . . . .	369
(iii)	Widerspruch in der höchstrichterlichen Rechtsprechung und Verwirrung innerhalb der wissenschaftlichen Literatur . . . . .	370
(iv)	Eigene Auffassung . . .	371
(v)	Gründe für die Änderung der BGH-Rechtsprechung . . . .	372
b)	Fordern überhöhter Abmahngebühren durch überhöhte Gegenstands- und Streitwerte .	375
c)	Fordern von Schadensersatzpauschalen . . . . .	378
d)	Betroffene Wettbewerbsverstöße	379
2.	Ausüben von Druck . . . . .	380
3.	Verwechslungen und sonstige Fehler in der Rechtsverfolgung . . . . .	382
a)	Herrschende Meinung: Schnelle Bejahung eines Indizes bei förmlichen Fehlern . . . . .	382
b)	Eigene Auffassung: Zurückhaltende Bejahung der Fallgruppe .	383

VI.	Keine Weiterverfolgung nach aufkommendem Widerstand . . . . .	383
VII.	Kostenverursachende Wahl des Gerichtsstands . . . . .	385
	1. Die Konstellation der Fallgruppe der missbräuchlichen Wahl des Gerichtsstands . . . . .	385
	2. Betroffene Wettbewerbsverstöße . . . . .	387
VIII.	Aufspaltung der Rechtsverfolgung einer Verletzungshandlung durch einen Anspruchsberechtigten . . . . .	388
	1. Aufspaltung des Vorgehens gegen verschiedene Verstöße innerhalb einer geschäftlichen Handlung . . . . .	389
	a) Grundsatz: Missbräuchlichkeit eines getrennten Vorgehens gegen mehrere Verstöße innerhalb einer geschäftlichen Handlung . . . . .	389
	b) Rechtfertigung getrennten Vorgehens . . . . .	391
	aa) Wesentliche Änderung der Sachlage . . . . .	392
	bb) Unterschiedliche Beweissituation . . . . .	392
	cc) Tatsächliche Kenntnis vom weiteren Wettbewerbsverstoß? . . . . .	392
	(i) Umfang der Prüfungsobliegenheit . . . . .	393
	(ii) Sonderproblem: Prüfungsumfang bei Beanstandungen von AGB . . . . .	393
	(aa) Problemdarstellung . . . . .	393
	(bb) Meinungsstand . . . . .	394

(cc)	Eigene Lösung: inhaltlich modi- fiziertes Blick- feld als Prü- fungsmaßstab . .	394
dd)	Missbräuchlichkeit der Auf- spaltung nur bei Verur- sachung „unerträglicher“ Kosten? . . . . .	396
(i)	Tendenz zur Tolerie- rung geringer Mehr- kosten . . . . .	396
(ii)	Eigene Auffassung: Kei- ne „Bagatellschranke“ in § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG	396
ee)	Substantiierte Darlegung weiterer Sachgrün- de für eine getrennte Rechtsverfolgung . . . .	398
2.	Gleichzeitiges Vorgehen durch Ver- fügungsverfahren und Klage . . . .	398
a)	Indizierung sachfremder Motive	398
b)	Rechtfertigung paralleler Ver- fügungs- und Hauptsachever- fahren . . . . .	399
3.	Getrenntes Vorgehen gegen meh- rere gleiche, gleichartige oder ähn- lich gelagerte Wettbewerbsverstö- ße in verschiedenen geschäftlichen Handlungen . . . . .	401
a)	Grundsatz: Missbräuchlichkeit der getrennten Beanstandung gleichartiger oder ähnlicher Verstöße . . . . .	401
b)	Mögliche Rechtfertigung des getrennten Vorgehens . . . . .	403
aa)	Unterschiedliche Beweis- situation aufgrund „zwei- gliedriger Verstöße“ . . . .	403

bb)	Unterschiedliche Beweis-situation aufgrund der Verwendung verschiedener Medien . . . . .	404
(i)	Herrschende Meinung: Rechtfertigung stets bei Verstößen in verschiedenen Medien . . . . .	404
(ii)	Kritik am derzeitigen herrschenden Verständnis und eigene Auffassung . . . .	405
4.	Typischerweise betroffene Wettbewerbsverstöße . . . . .	406
5.	Auswirkungen der Rechtsprechungsänderung zum Begriff des Streitgegenstands? . . . . .	407
a)	Änderung der Rechtsprechung zur Bestimmung des Streitgegenstands . . . . .	408
b)	Folgen der Rechtsprechungsänderung für die Fallgruppe des getrennten Vorgehens gegen eine Verletzungshandlung? .	409
IX.	Aufspaltung der Rechtsverfolgung auf der Aktiv- oder Passivseite . . . . .	411
1.	Missbräuchliche Rechtsverfolgung eines Wettbewerbsverstößes durch verschiedene Gläubiger – Aufspaltung der Rechtsverfolgung auf Aktivseite . . . . .	413
a)	Hintergrund der Möglichkeit einer mehrfachen Rechtsverfolgung eines Verstoßes durch unterschiedliche Gläubiger . . .	413
b)	Regel: Mehrfachverfolgung durch verschiedene Gläubiger rechtens	414

c)	Rechtsmissbrauch bei koordiniertem Vorgehen . . . . .	415
aa)	Missbräuchliche Konzernsalven . . . . .	415
bb)	Sonstige „Abmahngemeinschaften“ . . . . .	417
cc)	Alternative Möglichkeiten eines schonenderen Vorgehens . . . . .	418
	(i) Alternative Möglichkeiten zu getrennten Abmahnungen . . . . .	419
	(ii) Alternative Möglichkeiten zu getrennten Gerichtsverfahren . . . . .	420
dd)	Missbräuchlich abgestimmtes Verhalten allein aufgrund der Einschaltung ein und desselben Rechtsanwalts? . . . . .	423
	(i) Ausgangsfall des OLG Hamm – <i>Salve einer Abmahnungsgemeinschaft</i> . . . . .	424
	(ii) Eigene Auffassung: Einschaltung eines gemeinsamen Anwalts kein Indiz . . . . .	425
	(iii) Verschieben vermeintlicher Indizien zur Bejahung des Rechtsmissbrauchs bei der Verfolgung bestimmter Verstöße? . . . . .	427
d)	Rechtfertigung getrennter Rechtsverfolgung . . . . .	429
e)	Typischerweise betroffene Wettbewerbsverstöße . . . . .	431

4.	Missbräuchliche Rechtsverfolgung durch einen Gläubiger gegen mehrere Schuldner- Aufspaltung der Rechtsverfolgung auf Passivseite . .	432
a)	Gleichstellung der Fälle der Aufspaltung auf Passivseite mit denen der Aufspaltung auf Aktivseite? . . . . .	433
b)	Aufspaltung der gerichtlichen Rechtsverfolgung . . . . .	434
c)	Aufspaltung der Abmahnungen	436
d)	Rechtfertigung der Aufspaltung auf Passivseite . . . . .	437
aa)	Vorliegen eines „zweiglied- rigen Sachverhalts“ . . . . .	437
bb)	Weitere Fälle einer ge- rechtfertigten Aufspaltung	438
e)	Typischerweise betroffene Wett- bewerbsverstöße . . . . .	439
X.	Gegenabmahnung . . . . .	440
XI.	Sonstige Indizien einer sachfremden Motivation . . . . .	443
1.	Verkauf des Unterlassungsanspruchs	444
2.	Später oder zeitgleich mit Klage oder Verfügungsverfahren erfolgte Abmahnung . . . . .	445
3.	Diskriminierendes oder selektives Vorgehen . . . . .	445
a)	Ausnutzen von Fehlern Dritter .	446
b)	Diskriminierende Auswahl nur bestimmter Mitbewerber . . . .	447
c)	Selektives Vorgehen eines Ver- bands . . . . .	448
4.	Tätigwerden allein im fremden In- teresse . . . . .	449
XII.	Entsprechende Anwendbarkeit der Fallgruppen in anderen Rechtsbereichen	450
C.	Vermeintliche Indizien missbräuchlichen Ver- haltens . . . . .	450

I.	Verwendung von Textbausteinen . . . . .	451
II.	Zeitpunkt der Rechtsverfolgung . . . . .	453
III.	Vorgehen gegen Kleinanbieter . . . . .	455
IV.	Eigene Verstöße des Anspruchsberechtigten . . . . .	456
V.	Art der Entdeckung des Wettbewerbsverstoßes . . . . .	457
VI.	Rechtsverfolgung „nach Gutsherrnart“ oder wie ein „Wettbewerbspolizist“ . . . . .	459
VII.	Geringfügigkeit der abgemahnten Wettbewerbsverstöße . . . . .	461
	1. Abstellen auf Schwere der betroffenen Wettbewerbsverstöße als ausdrückliches Indiz missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	461
	2. Art des Wettbewerbsverstoßes kein Hinweis auf Motiv der Rechtsverfolgung . . . . .	463
	a) Fragwürdigkeit der Argumentation der Rechtsprechung bereits durch die Gerichte selbst erkannt . . . . .	463
	b) Quantität der Rechtsverfolgung als Zeichen sachfremder Motive? . . . . .	464
	c) Trennung von Ursache und Wirkung . . . . .	465
	d) Kein Interesse an Verfolgung geringfügiger Wettbewerbsverstöße? . . . . .	466
	aa) Systemwidrigkeit der Prüfung einer Beeinträchtigung des Interesses innerhalb des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG . . . . .	467
	bb) Widersprüchlichkeit der unterschiedlichen Beurteilung des beeinträchtigten Interesses . . . . .	468

e)	Vergleich mit der Durchsetzung geringfügiger Ansprüche im sonstigen Zivilrecht . . . . .	469
f)	Folgen der Bejahung eines Indizes zum Rechtsmissbrauch: Rechtsunsicherheit . . . . .	470
3.	Zwischenergebnis . . . . .	471
D.	Ergebnis der Rechtsprechungsanalyse . . . . .	471
I.	Rechtsmissbräuchliches Verhalten überwiegend bei Verfolgung geringfügiger Verstöße . . . . .	471
1.	Arten der betroffenen leichten Wettbewerbsverstöße . . . . .	471
2.	Überwiegendes Einnahmeerzielungsinteresse . . . . .	472
3.	Kein automatischer Rechtsmissbrauch bei Verfolgung geringfügiger Wettbewerbsverstöße . . . . .	472
II.	Die Bejahung des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG bezüglich leichter Verstöße als Ziel der Rechtsprechung . . . . .	473
III.	Art und Schwere des verfolgten Wettbewerbsverstößes kein brauchbares Indiz sachfremder Motivation . . . . .	473
IV.	Missbräuchliches Verhalten ebenso bei Verfolgung schwererer Verstöße . . . . .	474
1.	Keine Fokussierung auf bestimmte Arten von Wettbewerbsverstößen . . . . .	474
2.	Motivation der Ausnutzung schwererer Wettbewerbsverstöße . . . . .	474
3.	Steigende Relevanz der Schädigungsabsicht . . . . .	475
V.	Konkretisierung der Indizienfallgruppen . . . . .	476
<b>Kapitel 5:</b>	<b>Schlussfolgerungen für mögliche Lösungswege</b> . . . . .	<b>477</b>
A.	„Klassische“ Vorschläge zur Eindämmung missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	477
I.	Versagung des Erstattungsanspruchs für Abmahnkosten . . . . .	478

1.	Klassische Einwendungen gegen die Streichung des Erstattungsanspruchs . . . . .	479
2.	Tatsächliche Wirkungslosigkeit . . .	480
a)	Entstehung des Problems des Rechtsmissbrauchs . . . . .	480
b)	Wege der Einnahmeerzielung . .	481
c)	Ersetzen der Abmahngebühren durch Anwaltsgebühren im Prozess . . . . .	483
aa)	Missbräuchliche Rechtsverfolgung im Gerichtsprozess nach erfolgloser kostenloser Abmahnung . . . .	484
bb)	Unmittelbare gerichtliche Geltendmachung des Unterlassungsanspruchs ohne vorherige Abmahnung .	486
(i)	Fälle der Entbehrlichkeit einer Abmahnung nach derzeitiger Rechtslage . .	486
(ii)	Sonderproblem: Notwendige Abmahnung bei vorsätzlichem Verstoß? . . . . .	488
(iii)	Ausweitung der Entbehrlichkeit einer Abmahnung nach Entfallen des Erstattungsanspruchs . . . . .	490
(iv)	Zwischenergebnis . . .	493
d)	Keine Auswirkung bei Schädigungsabsicht . . . . .	493
3.	Ergebnis zur Wirksamkeit der Abschaffung des Erstattungsanspruchs	494
II.	Abschaffung des fliegenden Gerichtsstands	495
1.	Spezialisierung der Landgerichte . .	496
a)	Meinungsstand . . . . .	496

	b) Eigene Auffassung . . . . .	497
2.	System des Zivilprozessrechts . . .	499
	a) Meinungsstand . . . . .	499
	b) Eigene Auffassung . . . . .	499
3.	Tatsächliche Wirkungslosigkeit des Abschaffens . . . . .	500
4.	Ergebnis zur Wirksamkeit der Ab- schaffung des fliegenden Gerichts- stands . . . . .	502
B.	Bewertung des Gesetzes gegen unseriöse Ge- schäftspraktiken . . . . .	502
I.	Gewährung eines speziellen Scha- densersatzanspruchs nach § 8 Abs. 4 Satz 2 UWG . . . . .	503
	1. Tatsächliche Wirkungslosigkeit des speziellen Schadensersatzanspruchs . . . . .	503
	a) Keine Notwendigkeit der spezial-gesetzlichen Kodifizierung . . . . .	504
	b) Zweifelhafter psychologischer Effekt . . . . .	504
	c) Keine Erweiterung der Wege zur Bekämpfung des Rechts- missbrauchs . . . . .	505
	2. Verhältnis des § 8 Abs. 4 Satz 2 UWG zu den sonstigen delikti- schen Ansprüchen . . . . .	506
II.	Streitwertherabsetzung nach § 12 Abs. 4, Abs. 5 UWG . . . . .	508
III.	Streitwertbestimmung nach § 51 GKG . . . . .	509
	1. Keine Neuerung durch § 51 Abs. 2 GKG n.F. . . . .	509
	2. Fraglicher Anwendungsbereich des § 51 Abs. 3 Satz 1 GKG n.F. . . . .	509
	3. Fehlende Effektivität des § 51 Abs. 3 Satz 2 GKG n.F. . . . .	511
	a) Auffangstreitwert nur in Fäl- len fehlender Begründung hö- herer Streitwerte . . . . .	511

b)	Zweifelhafte Auslegung des § 51 Abs. 3 Satz 2 GKG . . . . .	512
c)	Auffangstreitwert als bloße Reaktion auf missbräuchliches Verhalten innerhalb streitiger Verfahren . . . . .	512
d)	Geringe Abmahngebühren als ausreichende Motivation unseriöser Mitbewerber . . . . .	513
e)	Beschränkte Auswirkung auf bestimmte sachfremde Motive . . . . .	514
4.	Nur bedingte Wirkung des § 51 Abs. 4 GKG n.F. . . . .	514
IV.	Ergebnis zur Bewertung des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken . . . . .	515
C.	Schlussfolgerungen für die Suche einer effektiven Lösung . . . . .	516
I.	Vorverlagerung der Bekämpfung missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	516
II.	Kern der Vorwürfe der Rechtsprechung . . . . .	517
D.	Entwicklung einer eigenen Lösung . . . . .	518
I.	Möglichkeit des Absenkens des Schutzstandards im Lauterkeitsrecht? . . . . .	519
1.	Liberalisierung der Anforderungen an Unternehmer . . . . .	519
a)	Bewertung der Sinnhaftigkeit von Informationspflichten . . . . .	519
b)	Vorgaben zwingenden Unionsrechts . . . . .	521
c)	Verfolgung geringfügiger Verstöße nicht alleinige Ausformung missbräuchlichen Handelns . . . . .	521
2.	Einschränkung der Verfolgbarkeit durch die Bagatellklausel . . . . .	522
a)	Flexibilität der Bagatellklausel . . . . .	522
b)	Tatsächlich entgegenstehende Rechtsprechungspraxis . . . . .	523
c)	Unionsrechtliche Implikation der Erheblichkeit . . . . .	524

	aa) Herrschende Meinung: Keine weitere Relevanzprüfung in Fällen des Art. 7 Abs. 4, Abs. 5 UGP-RL nötig . . . . .	525
	bb) Literaturansicht: Relevanzprüfung trotz Vorgabe der Wesentlichkeit nötig . .	526
	cc) Eigene Auffassung: Keine Bagatellprüfung im Fall des Art. 7 Abs. 4, Abs. 5 UGP-RL nötig . . .	527
	dd) Tatsächliche Relevanz der Wettbewerbsverstöße . . .	529
	ee) Geplante Angleichung des § 5a UWG an Art. 7 UGP-RL	530
	d) Unterlassungsanspruch weiterhin notwendig . . . . .	531
	e) Keine Auswirkung auf durchschnittlich schwere Verstöße . .	531
	3. Zwischenergebnis zur Möglichkeit der Absenkung des Schutzstandards	532
II.	Lösungsvorschlag: Einschränkung der Aktivlegitimation der Mitbewerber . . .	533
	1. Vorschlag einer Änderung der Aktivlegitimation der Mitbewerber . .	534
	2. Kein Widerspruch zur Bewertung geringfügiger Wettbewerbsverstöße innerhalb des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG . . . . .	535
	3. Auslegung und Folgen der Einschränkung . . . . .	536
	a) Anwendungsbereich . . . . .	536
	b) Ausschluss der Anspruchsberechtigung nicht erst bei vielfachem Vorgehen . . . . .	539
	c) Rechtsfolgen der Einschränkung	539
	d) Verhältnis zu den sonstigen Relevanzklauseln . . . . .	540

4.	Vorteile einer abstrakten Einschränkung der Aktivlegitimation der Mitbewerber hinsichtlich bestimmter geringfügiger Verstöße . .	542
a)	Einschränkung des Vorgehens von Mitbewerbern bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verfolgbarkeit entsprechender Verstöße . . . . .	542
b)	Angleichung der Anspruchsberechtigungen . . . . .	543
c)	Erhöhung der Praktikabilität der Einschränkung . . . . .	544
d)	Vereinbarkeit mit Unionsrecht .	544
e)	Flexible Reaktionsmöglichkeiten durch Einschränkung der Aktivlegitimation . . . . .	546
f)	Dogmatische Erfassung der Einschränkung zur Verfolgbarkeit geringfügiger Verstöße .	546
5.	Schwächen der Einschränkung der Aktivlegitimation . . . . .	547
a)	Einschränkung der Verfolgbarkeit einfacher Verstöße? . . . . .	547
b)	Erfassung allein der Rechtsverfolgung durch Mitbewerber .	548
c)	Rechtsunsicherheit? . . . . .	548
d)	Begrenzte Erfassung missbräuchlicher Konstellationen . .	549
6.	Ergebnis . . . . .	550
III.	Missbräuchliches Verhalten in Aktivlegitimation angelegt . . . . .	551
1.	Ausnutzung egoistischer Rechtsdurchsetzung durch das UWG als Quelle missbräuchlichen Verhaltens	551
2.	Lauterkeitsrechtlicher Unterlassungsanspruch als Wettbewerbswaffe . . . . .	552

3. Keine Universallösung hinsichtlich der sachfremden Ausnutzung bestehender Rechte . . . . .	553
4. Umformung des Systems der Rechtsdurchsetzung als ultima ratio . . . . .	553
<b>Kapitel 6: Zusammenfassung . . . . .</b>	<b>555</b>
A. Grundlagen des Rechtsmissbrauchs . . . . .	555
I. Schlussfolgerungen aus der Geschichte des Rechtsmissbrauchs . . . . .	555
II. Beiträge zur Dogmatik des Missbrauchstatbestands . . . . .	556
B. Sanktionierungen missbräuchlichen Verhaltens de lege lata . . . . .	557
C. Analyse der Fälle missbräuchlichen Vorgehens . . . . .	558
D. Schlussfolgerungen zur Beschränkung missbräuchlichen Verhaltens . . . . .	560
I. Bewertung vorgeschlagener Lösungswege . . . . .	560
II. Entwicklung einer eigenen Lösung . . . . .	561
Literaturverzeichnis . . . . .	565
Stellungnahmen und Mitteilungen . . . . .	581
Stichwortverzeichnis . . . . .	583